



Beschluss des FDP-Präsidiums

Beschluss des FDP-Präsidiums
Der stellvertretende FDP-Sprecher NILS DROSTE teilt mit: Berlin. Das Präsidium der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 27. Mai 2013 beschlossen: Für ein wirtschaftlich starkes und stabiles Europa
In den nächsten Wochen stehen in Brüssel wichtige Entscheidungen für den Wirtschafts- und Währungsraum Europa an. Europa wird nur stärker aus der derzeitigen Rezession hervorgehen, wenn es auf Soziale Marktwirtschaft, Wettbewerb und Haushaltssolidität setzt. Nur so wird Wachstum gefördert und Arbeitslosigkeit abgebaut. Noch höhere Verschuldung und noch billigeres Geld von der Europäischen Zentralbank lösen die strukturellen Probleme der Mitgliedsstaaten nicht. Deshalb fordert die FDP einen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs, der auf Konsolidierung und Strukturreformen setzt. Hierzu ist es zentral, dass Stabilität und Wachstum in Einklang gebracht werden:
1. Kein Aufweichen der strengen Stabilitäts- und Verschuldungsregeln
Die Europäische Kommission will Frankreich zwei zusätzliche Jahre Aufschub beim Defizitabbau gewähren. Dies darf kein Freifahrtschein für Reformpausen sein. Ohne nachweisbare Reformen in Frankreich etwa bei der Steuer- und Arbeitsmarktpolitik wäre dies ein Bruch der vereinbarten Regeln für Wachstum und Stabilität. Ein Aufweichen oder Abweichen von Regeln kommt für die FDP nicht in Frage. Deshalb lehnen wir auch Versuche ab, so genannte Investitionsklauseln in das Defizitverfahren einzuführen. Dies wäre ebenfalls ein gefährliches Aufweichen der neuen Stabilitätsregeln. Wir fordern zudem die rot-rot-grüne Opposition auf, ihre unselige Blockade des Fiskalpacts im Bundesrat zu beenden.
Zu stabilen Haushalten und solider Finanzpolitik gehört auch eine effektive Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Zusammen mit unseren europäischen Partnern müssen wir durch Informationsweitergabe ein Abwandern von Vermögen aus einigen Mitgliedstaaten verhindern. Insofern begrüßen wir die Signale des Europäischen Rates aus der letzten Woche, Steuerbetrug europaweit zu bekämpfen.
2. Keine dauerhafte Niedrigzinspolitik der EZB - Bundesbank stärken
Eine unabhängige Zentralbank ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine stabile Währung. Deshalb verteidigen wir die Unabhängigkeit der EZB gegen jeden Zugriff. Eine Staatsfinanzierung durch die EZB und damit die Sanierung der Staatshaushalte durch Inflation lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.
Wir sehen die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank sehr kritisch. Sie führt zur Entwertung von Vermögen, etwa bei den Lebensversicherungen, auf der einen Seite und begünstigt Blasenbildungen an den Börsen und Immobilienmärkten auf der anderen Seite. Zudem ist ein Abwertungswettlauf über eine Niedrigzinspolitik derzeit eine der größten Gefahren für die Weltwirtschaft.
Deshalb unterstützt die FDP die Bundesbank in ihrem Bemühen, den Euro stark zu halten. Auch im Hinblick auf das bevorstehende Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zum Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB fordern wir, dass Entscheidungen über so genannte quantitative Maßnahmen der EZB in Analogie zum Europäischen Stabilitätsmechanismus mit 80 Prozent der Stimmen erfolgen. Dabei sollte die Stimmgewichtung entsprechend der Kapitalanteile der Euro-Mitgliedstaaten erfolgen. Die großen nationalen Zentralbanken wie die Bundesbank oder die Banque de France hätten dann ein Quasi-Veto bei außergewöhnlichen Geschäften wie dem Ankauf von Staatsanleihen.
3. Kreditklemme mittelständischer Unternehmen in Südeuropa sachgerecht auflösen
Eine Unternehmensfinanzierung durch die EZB, wie sie jüngst ins Spiel gebracht wurde, wäre volkswirtschaftlich verheerend. Der Ankauf von Unternehmensanleihen oder von verbrieften Firmenkrediten wird die Kreditklemme beim Mittelstand in Südeuropa nicht lösen. Die Zentralbank ist weder Geschäftsbank noch öffentliche Förderbank und sollte es auch nicht werden. Falls Marktversagen bei der Kreditvergabe vorliegt, sollte die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) oder die Europäische Investitionsbank (EIB) den kleinen und mittleren Unternehmen Südeuropas Unterstützung gewähren.
4. Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen - aber mit den richtigen Mitteln
Um die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten wirksam und nachhaltig zu bekämpfen, werben wir für das duale Ausbildungssystem. Deutschland hat mit etwa sieben Prozent eine der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeiten in der Europäischen Union. Die Kombination aus beruflicher Praxis und schulischer Ausbildung ist ein Exportschlager für den europäischen Raum und darüber hinaus. Das kürzlich von der Bundesregierung mit Spanien abgeschlossene Ausbildungsprogramm sollte auf andere Länder ausgedehnt werden. Staatlich finanzierte Beschäftigungsprogramme, wie die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene "Jugendgarantie", halten wir für ordnungspolitisch falsch, da sie auf Dauer unfinanzierbar sind, lediglich Stroheffekte erreichen und ihre Ausgaben die Staatsfinanzkrise weiter verschärfen.
5. Keine Vergemeinschaftung von Schulden durch Eurobonds
Eine gesamtschuldnerische Haftung für Staatsanleihen der Mitgliedstaaten über Eurobonds oder einen Altschuldentilgungsfonds lehnen wir Liberalen aus politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen ab. Europa hat nur eine Zukunft als Verantwortungsgemeinschaft, in der jeder für sein Handeln haftet. Darum setzen wir uns für eine europäische Insolvenzordnung für Staaten ein, um die bestehenden Stabilisierungsinstrumente zu ergänzen. Ziel muss es sein, die endlose Rettungsroutine durch verbindliche Regeln zu ersetzen, die allen Beteiligten Sicherheit bieten, wann das Verfahren beginnt, und dass es zügig beendet werden kann, sowie einen fairen Interessenausgleich mit den Gläubigern und die Wiederherstellung der Kapitalmarktfähigkeit bewirken.
Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit
FDP-Bundesgeschäftsstelle
Thomas-Dehler-Haus
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin
T: 030 284958-41/43
F: 030 284958-42
mailto:presse@fdp.de
img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=533774" width="1" height="1">

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen

Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitlich-staatliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.